

Betrübtes Ja zur Schließung der Geburtshilfe

☒ Mangels Alternativen sei ein Veto gegen die Schließung der Geburtshilfe im Hellmig-Krankenhaus rein formal, in der Praxis wäre es schlicht nicht machbar, die Abteilung zu erhalten. Deshalb würden sie schweren Herzens der Schließung zustimmen, erklärten am Dienstag gemeinsam Bürgermeister Hermann Hupe sowie Vize-Bürgermeister Manfred Wiedemann und SPD-Ratsfrau Petra Hartig. Sie alle sind Mitglieder des Aufsichtsrats des Krankenhauses, der am Donnerstag den entsprechenden Beschluss fassen soll.

Sie bedauern diesen Schritt, müssen aber letztlich die Konsequenzen aus dem mangelnden Interesse von Ärzten an einer Stelle als Belegarzt ziehen. Eine Umwandlung in eine Hauptabteilung sei rechtlich nicht möglich, erläutern sie. Für das betroffene Personal werde es Perspektiven geben.

Hier die Erklärung im Originaltext:

„Wir bedauern das Scheitern der Belegarztsuche für die Geburtshilfe am Hellmig-Krankenhaus sehr. Die nun unvermeidbare Schließung der Geburtshilfe ist ein schmerzlicher Schritt. Wir stellen dies fest in vollem Respekt gegenüber den mehr als 3.000 Unterschriften für den Erhalt der geburtshilflichen Abteilung in unserem Hellmig-Krankenhaus. Wir teilen diese Forderung politisch, sehen aber keinen Weg mehr, das Ziel in der gegebenen Belegabteilung zu erreichen.

Zu dieser Entscheidung gibt es keine Alternative mehr, auch wenn wir die Kritik an der eingangs unzulänglichen Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilen. Ohne einen weiteren Belegarzt oder eine weitere Belegärztin mit der gebotenen Kompetenz ist die medizinisch notwendige ärztliche Betreuung der Geburtshilfe nicht zu sichern. Eine komplette Abdeckung aller Dienste an 24 Stunden pro Tag und 7 Tagen pro

Woche wäre unverzichtbar, wenn das Hellmig-Krankenhaus eine sichere und qualifizierte Adresse für werdende Mütter bleiben sollte. Eine Umwandlung in eine Hauptabteilung statt einer Belegabteilung am Standort Kamen ist überdies genehmigungsrechtlich ausgeschlossen.

Angesichts dieser Sachlage ist eine politische Forderung nach Fortführung der Belegabteilung nicht durchzuhalten. Es ist nicht zu verantworten, eine Entscheidung zu verlangen, die medizinisch gar nicht umgesetzt werden kann. Wir haben uns in den Vorwochen regelmäßig über den Stand der Belegarztsuche informieren lassen und die Zeit seit der Berichterstattung durch den Klinikum-Geschäftsführer Andreas Schlüter im Hauptausschuss des Rates zur Prüfung aller Optionen genutzt. Wir sind überzeugt, dass nun alle in Frage kommenden Fachärzte in der Region kontaktiert worden sind. Mit der Schaltung einer bundesweiten Anzeige ist auch darüber hinaus gesucht worden. Wir werden schweren Herzens der Empfehlung der Geschäftsführung zustimmen, die Abteilung zu schließen. Eine Veto-Entscheidung wäre rein formal. Ohne einen dritten Belegarzt bzw. eine Belegärztin kann der Betrieb nicht aufrecht erhalten werden.

Wir haben uns sehr für die Beschäftigten eingesetzt. Es wird eine Perspektive für alle geben im Rahmen der Überleitung, auch für die Hebammen, und auch Zeitverträge werden in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt.“